



>>> WIR HABEN VIEL ERREICHT

Drei Jahre Union in der Großen Koalition

Wir haben viel erreicht

Drei Jahre Union in der Großen Koalition

Ein gutes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl zeigt sich mehr und mehr, dass es auf uns als Union und auf die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag ankommt, wenn es darum geht, der Großen Koalition Halt und Orientierung zu geben. Dort, wo die Bürger nach Antworten verlangen, sind keine leichtfertigen Schnellschüsse und immer neue Kurswechsel gefordert, sondern wohlüberlegte Alternativen und Verlässlichkeit bei der Einhaltung der gesetzten Ziele. Das ist angesichts der instabilen Lage unseres Koalitionspartners nicht immer einfach. Aber wenn wir auf das zurückblicken, was wir in den zurückliegenden Jahren erreicht haben, können wir diese Arbeit mit Zuversicht in den nächsten Monaten fortsetzen.

Aus heutiger Sicht können wir feststellen: Wir haben viel erreicht. Drei Jahre Große Koalition haben Deutschland gut getan. Unsere Fähigkeit, eigene politische Ziele durchzusetzen und vertretbare Kompromisse einzugehen, hat unserem Lande genützt.

Deutschland hat in den zurückliegenden Jahren erheblich an wirtschaftlicher Stärke gewonnen und ist wieder der attraktivste Wirtschaftsstandort in Europa. Zugleich ist Deutschland zu einem kinderfreundlicheren Land geworden. Und auch der Zusammenhalt unserer Gesellschaft wurde verbessert. In Europa und der Welt sind wir zudem wieder ein verlässlicher und viel geachteter politischer Partner und Freund.

Mit unserer erfolgreichen und klaren Politik treffen wir auf große Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern. Unsere Bundeskanzlerin genießt weiterhin ein sehr hohes Ansehen – und auch im Ausland bringt man ihr großes Vertrauen entgegen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das Rückgrat der Großen Koalition. Dabei haben wir gezeigt, dass es eine große Bereicherung ist, wenn wir eigene Akzente setzen – mit Initiativen, Anträgen, Gesetzentwürfen sowie mit Kongressen und Fachgesprächen. Diese Erfolge gilt es, aus Überzeugung zu vertreten.

Wir stärken den Aufschwung

Deutschland steht im dritten Jahr des Aufschwungs, dem stärksten und längsten Aufschwung seit der Wiedervereinigung. Nie waren so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig. Die Zahl der Arbeitslosen ist um über Zwei Millionen auf den niedrigsten Stand seit vielen Jahren gefallen und sinkt weiter. Jeder neue Job ist eine neue Chance.

Trotz Finanzmarktkrise und steigender Energiepreise zeigt sich die deutsche Volkswirtschaft robust. Diese wiedergewonnene Wettbewerbsstärke bestätigt die grundsätzliche Ausrichtung unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik: viele Menschen in eine reguläre Beschäftigung bringen, Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen stärken und auf diese Weise unseren Sozialstaat entlasten.

Politik allein kann keinen Aufschwung herbeiführen. Sie kann ihn stützen und verstetigen. Gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode haben wir mit einem Investitionsprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro die zentralen Bereiche Technologie, Wirtschaft, Verkehr, Familie und private

Haushalte gefördert und dadurch für unmittelbare Wachstumsimpulse gesorgt. Wir haben eine Unternehmensteuerreform durchgesetzt, mit der unser Standort gestärkt und die Unternehmen deutlich entlastet wurden. Binnen weniger Monate haben wir den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf nun 3,3 Prozent gesenkt – der geringste Beitrag seit gut 25 Jahren. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Von zentraler Bedeutung war der Kurswechsel hin zu einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Wir haben Schluss gemacht mit der Schuldenpolitik vergangener Jahrzehnte, die auf Kosten der Spielräume zukünftiger Generationen ging. Schritt für Schritt haben wir die Nettokreditaufnahme reduziert. Wir sind auf einem guten Weg. Es bleibt unser Ziel, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen.

Konsolidierung ist für uns kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzung für steuerliche Entlastungen, insbesondere für Arbeitnehmer mit geringem und mittlerem Einkommen und Familien mit Kindern. Die CSU hat dazu ihr Steuerkonzept „Mehr netto für alle“, mit den Eckpunkten Besserstellung von Familien, Wiedereinführung der Pendlerpauschale zum 1.1.2009 und Steuerentlastung, vorgestellt. Die CDU wird im Frühjahr 2009 ihr Steuerkonzept nach den Maßgaben „einfach, niedrig und gerecht“ vorlegen. In einem gemeinsamen Wahlprogramm werden CDU und CSU beide Konzepte mit dem Ziel einer Steuerentlastung zusammenführen.

Wir machen den Staat effizienter

Gute Politik braucht einen handlungsfähigen Staat. Er soll zugleich Freiheit und Sicherheit garantieren, die Voraussetzungen für nachhaltigen materiellen Wohlstand schaffen und soziale Notlagen absichern. Ein effizienter Mitteleinsatz und effiziente Organisationsstrukturen sind deshalb unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreiches staatliches Handeln.

Neben der Konsolidierung der Staatsfinanzen haben wir erfolgreich damit begonnen, Bürokratie abzubauen, die bundesstaatliche Ordnung zu modernisieren und die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Parlament im Bereich der europäisch beeinflussten Gesetzgebung zu verbessern. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag für mehr Transparenz. Entscheidungsprozesse werden damit für alle Bürgerinnen und Bürger besser nachvollziehbar.

Wir investieren nachhaltig in Köpfe und Infrastrukturen

In einem rohstoffarmen Land sind Investitionen in Bildung, Forschung und in moderne Infrastruktur unabdingbare Voraussetzungen für die dauerhafte Sicherung von wirtschaftlichem Wachstum und Wohlstand. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir alles daran setzen, unsere jungen Menschen gut auszubilden. Eine erfolgreiche Ausbildung ist zudem der Schlüssel für eine gute berufliche Perspektive und die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Deshalb investieren wir in die Menschen, die in Deutschland leben.

Die Infrastruktur ist die Lebensader unserer globalisierten Volkswirtschaft. Die Leistungsfähigkeit unseres Standorts hängt daher von der Qualität der Verkehrs- und Leitungsnetze ab. Hier haben wir den Bedarf erkannt und erhebliche Fortschritte bei den Investitionen gemacht.

Nachhaltig investieren heißt: Der Staat gibt das Geld für das Richtige aus. Wir haben das Beste aus dem engen finanziellen Spielraum gemacht, die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt gesenkt und Prioritäten gesetzt, indem wir die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verstetigt und die Mittel für Bildung und Forschung deutlich aufgestockt haben.

Wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen und stärken den ländlichen Raum

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung sind Kernanliegen unserer Politik. Unser Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung vereint den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und Umwelt und mit der Lebensqualität der Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist gerade im ländlichen Raum mit seinem vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben besonders wichtig. Hierzu haben wir eine umfassende Strategie der Bundesregierung für den ländlichen Raum angestoßen und durchgesetzt.

Mit unserer Klimapolitik zeigen wir, dass ökologische Verantwortung und ökonomische Vernunft zusammengehen können. Die erneuerbaren Energien haben wir zu mehr Marktnähe geführt. Das macht den Klimaschutz effizienter und bringt ihn näher an die Bürgerinnen und Bürger.

Adressat unserer Verbraucherpolitik ist der mündige und eigenverantwortliche Verbraucher, der informiert ist und auf Augenhöhe entscheiden kann. Dazu haben wir die Rahmenbedingungen für effektiven Verbraucherschutz verbessert. Verbraucherpolitik ist aber nicht allein staatliche Aufgabe. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn Erzeuger, Verarbeiter, Vermarkter und Verbraucher mit- und zusammenwirken. Das setzt auch verantwortlich agierende Unternehmen voraus.

Wir fördern das Miteinander

Der Mensch und die menschliche Gemeinschaft stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Kern dieser Gesellschaft sind Ehe und Familie. Unsere familienpolitischen Grundsätze entsprechen den veränderten Lebenswirklichkeiten und Bedürfnissen der Menschen. Das Miteinander der Generationen fördern, die Wahlfreiheit für Eltern bei der Kindererziehung gewährleisten und die Sicherung einer Chancengesellschaft sind zentrale Anliegen unserer Politik. Wir haben das Prinzip der Wahlfreiheit durch die Einführung des Elterngeldes erfolgreich gestärkt. In diesem Sinne haben wir auch den Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit angestoßen und wollen ihn weiter voranbringen.

Die Unterstützung von Eltern in Fragen der Betreuung, der Bildung und Erziehung ihrer Kinder ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir stellen uns jedoch staatlicher Bevormundung bei Erziehungsfragen entgegen. Dieser Grundsatz findet dort seine Grenze, wo sonst die Verwahrlosung von Kindern sehenden Auges hingenommen werden würde. Deshalb haben wir die Möglichkeiten verbessert, Fällen von Kindesvernachlässigung und Kindesmissbrauch entgegen zu wirken.

Auch die Integration von Zuwanderern ist unverzichtbar und eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Ein besseres Miteinander zwischen

Zugewanderten und Einheimischen haben wir zur Chefsache gemacht. Mit dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ haben wir die Weichen für die Integrationspolitik neu gestellt. Wir helfen den Migrantinnen und Migranten bei der Eingliederung, aber wir verlangen auch einen Beitrag. Parallelgesellschaften darf es in Deutschland nicht geben.

Mit unserer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens geben wir eine Antwort auf die Herausforderungen des medizinischen Fortschritts, des demografischen Wandels und der Spezialisierung in den Gesundheitsberufen. Sie legt die Grundlagen, um eine hochwertige medizinische Versorgung für alle auch finanziell nachhaltig zu sichern.

Mit einer verlässlichen und vernünftigen Rentenpolitik haben wir auf den demografischen Wandel reagiert. Wir haben mit einer außerordentlichen Rentenerhöhung die Rentnerinnen und Rentner am Aufschwung beteiligt und gleichzeitig gewährleistet, dass ihren Kindern und Enkeln keine übermäßigen Belastungen zugemutet werden.

Mit einer Pflegereform haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Altersverwirrte Menschen können zukünftig besser durch die Pflegeversicherung unterstützt werden. Verbesserte und regelmäßige Kontrollen sichern Qualität und Transparenz der Pflegeeinrichtungen. Die Stärkung der ambulanten Pflegeleistungen hilft den pflegebedürftigen Menschen, so lange wie möglich im vertrauten Umfeld ihrer Freunde und Verwandten wohnen zu bleiben.

Wir schützen die Freiheit

Die Freiheit in Deutschland zu schützen ist ein Kernauftrag jeder Bundesregierung. Ein sicheres Deutschland und ein sicheres Europa sind die Grundvoraussetzungen für einen lebenswerten Alltag und für eine verlässliche Lebensplanung der Menschen. Wer von Terror bedroht ist, lebt nicht frei. Schon die Bedrohung allein schränkt die Handlungsspielräume der Menschen ein. Sicherheit ist die Voraussetzung für Freiheit. Unsere Sicherheit ist heute durch eine Vielzahl von Bedrohungen und Risiken gefährdet. Deutschland ist längst im Fadenkreuz international agierender Terroristen. Der vorbildlichen Arbeit unserer Sicherheitsbehörden ist es zu verdanken, dass geplante Anschläge bislang rechtzeitig verhindert werden konnten. Deshalb haben wir ihre Institutionen gestärkt und statten sie mit den richtigen Instrumenten und Befugnissen aus.

Unsere Sicherheit können wir aber nicht allein durch Maßnahmen in Deutschland garantieren. Unsere Freiheit zu schützen heißt auch, den Terrorismus dort zu bekämpfen, wo er entsteht. Aus diesem Grund engagieren wir uns im Ausland. Dieser Einsatz dient dazu, die innere Sicherheit zu stärken.

Wir gestalten die Globalisierung

Die Globalisierung verändert den Alltag der Menschen. Ihre Auswirkungen sind in der Politik und im Wirtschaftsleben direkt spürbar und gewinnen zunehmend an Bedeutung. Ereignisse an entfernten Orten sind längst ein fester Bestandteil in der öffentlichen Wahrnehmung. Früher abgeschottete Märkte haben sich geöffnet. Neue Wirtschaftsmächte entstehen. Mittlerweile hat jeder dritte Beschäftigte in Deutschland

deshalb einen Arbeitsplatz, weil die Unternehmen in Deutschland die Chancen der Globalisierung nutzen und weltweit nachgefragte Produkte ins Ausland exportieren. Es gibt aber auch Ängste: Viele Menschen betrachten die Globalisierung als Grund für Lohnkürzungen, den Verlust von Arbeitsplätzen oder den Abbau sozialer Standards. Dies ist eine große Herausforderung für die deutsche Politik.

Eine unserer Antworten auf die Globalisierung ist ein geeintes Europa, das international mit einer starken Stimme auftreten kann. Der in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ausgehandelte Vertrag von Lissabon ist und bleibt die neue Arbeitsgrundlage für die EU. Trotz des Ausgangs des Referendums in Irland halten wir an der Ratifikation des Vertrags fest, weil er die EU handlungsfähiger, transparenter und demokratischer macht.

Zu unseren Antworten auf die Globalisierung gehört auch eine strategische Standortpolitik. Dazu haben wir die Bedingungen für ausländische Investitionen verbessert. Gleichzeitig haben wir Vorschläge entwickelt, wie man in Einzelfällen eine unerwünschte politische Einflussnahme durch Investitionen in den Schlüsselindustrien begrenzen kann, die relevant für unsere nationale Sicherheit sind.

Ausblick

Wir haben nach der Bundestagswahl 2005 das Wählervotum angenommen und Verantwortung übernommen. Damit sind wir auch unserem eigenen Anspruch gerecht geworden, als stabile und stabilisierende politische Kraft in unserem Land zu wirken. Für uns als Union war dabei aber auch immer klar, dass wir die Große Koalition nicht als dauerhafte politische Alternative ansehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn - wie seit geraumer Zeit - ein andauernder Richtungsstreit bei unserem Koalitionspartner in den Augen der Bürgerinnen und Bürger den Eindruck von Unzuverlässigkeit entstehen lässt.

Mit Blick auf die nächsten Monate und auf das kommende Jahr kommt es deshalb darauf an, unsere Verantwortung in dieser Regierung weiterhin wahrzunehmen, gleichzeitig aber den Bürgern Orientierung zu geben, indem wir unsere eigenen Positionen und Überzeugungen deutlich herausstellen. Ziel muss es sein, bei der nächsten Bundestagswahl die Voraussetzungen für ein bürgerliches Regierungsbündnis zu erreichen und die Große Koalition zu beenden. Für dieses Ziel müssen wir in den nächsten Monaten gemeinsam arbeiten.

Anhang: Die Fakten im Überblick

Wir stärken den Aufschwung

- **Gute Entwicklung des Wirtschaftswachstums:** In den Jahren 2006 und 2007 ist die deutsche Wirtschaft um 2,9 Prozent bzw. 2,5 Prozent gewachsen. Das ist dreimal so stark wie in den beiden Jahren zuvor. Auch für das laufende Jahr wird trotz der internationalen Finanzkrise noch ein Wirtschaftswachstum von ca. 2 Prozent erwartet. Das ist die längste Boomphase seit der Wiedervereinigung und Ausweis für die wieder gewonnene Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland.
- **Weniger Arbeitslosigkeit, mehr Beschäftigung:** Wir haben mit gegenwärtig ca. 3,2 Millionen Arbeitslosen den niedrigsten Stand der Arbeitslosigkeit seit über zwölf Jahren erreicht. Mehr als 40 Millionen Menschen sind in Beschäftigung – mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist um über 200.000 zurückgegangen.
- **Haushaltskonsolidierung, Senkung der Neuverschuldung:** Wir haben seit der Regierungsübernahme die Neuverschuldung des Bundes drastisch reduziert von über 30 Milliarden Euro im Jahre 2005 auf voraussichtlich knapp 12 Milliarden Euro in 2008. Im Jahre 2006 wurde nach vier Jahren erstmals wieder das Maastricht-Kriterium eingehalten, nach 5 Jahren war im Jahre 2007 überdies der Haushalt endlich wieder verfassungsgemäß. Ab dem Jahre 2011 wollen wir ohne neue Schulden auskommen.
- **Absenkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 Prozent auf 3,3 Prozent:** Wir haben die Lohnnebenkosten so stark gesenkt wie keine andere Regierung vor uns. Ein Durchschnittsverdiener wird dadurch im Vergleich zur Situation 2005 um rund 450 Euro entlastet. Den Spielraum für eine weitere Beitragssenkung wollen wir nutzen. Wir gehen davon aus, dass der Beitrag auf 3,0 Prozentpunkte abgesenkt werden kann.
- **Außerordentliche Rentenerhöhung:** Um auch die Rentnerinnen und Rentner am Aufschwung zu beteiligen, haben wir den Riester-Faktor für 2008 und 2009 ausgesetzt. Dadurch konnten die Renten um 1,1 statt um nur 0,5 Prozent erhöht werden. Das war ein guter Kompromiss, der auch die heutigen Beitragszahler nicht belastet, weil die Dämpfungseffekte 2012 und 2013 nachgeholt werden.
- **Unternehmensteuerreform:** Mit der Durchsetzung international konkurrenzfähiger Steuersätze haben wir den Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt und die Unternehmen in Deutschland per Saldo um 5 Milliarden Euro entlastet.
- **Erbschaftsteuerreform:** Bei der Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden wir dafür sorgen, dass die Belastungen aus der Erbschaftsteuer im Ergebnis nicht ansteigen und nicht mehr Bürgerinnen und Bürger davon betroffen sein werden. Außerdem werden wir dafür sorgen, dass die Unternehmensnachfolge erleichtert wird und Betriebsvermögen sowie Anteile an Kapitalgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen weitestgehend steuerfrei übertragen werden können. In diesem Sinne haben wir die ursprünglichen Pläne des Bundesfinanzministers korrigiert und werden sie weiter verbessern

- **Verbesserung der Bedingungen zu Bereitstellung von Risikokapital für junge Unternehmen:** Junge, innovative Unternehmen im Forschungs- und Entwicklungsbereich haben oftmals noch erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung ihrer Ideen und Produktkonzepte. Aus diesem Grund haben wir verlässliche Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Beteiligungskapital für solche Unternehmen geschaffen.
- **Förderung der Mitarbeiterbeteiligung:** In den vergangenen Jahren sind die Kapitalerträge deutlich stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Mit dem Investivlohn fördern wir die Möglichkeit von Angestellten, vom Erfolg ihres Unternehmens stärker zu profitieren. Dabei steht für uns der Mittelstand im Zentrum, bei dem der Großteil der Arbeitnehmer in Deutschland beschäftigt ist.
- **Qualifizierungsoffensive:** Wir wollen die Bildungschancen deutlich verbessern: Von der vorschulischen Bildung bis zum lebenslangen Lernen – denn Bildung ist der Schlüssel zum persönlichen Erfolg und für die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Damit der Fachkräftemangel nicht die Dynamik der deutschen Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, starten wir im Herbst zusammen mit den Ländern die Nationale Qualifizierungsinitiative. Ziel ist es, die Quote der Schulabbrecher drastisch zu senken und die Durchlässigkeit zwischen Berufs- und Hochschulausbildung zu erhöhen.
- **Ausbildungspakt:** Das Bündnis mit den Arbeitgebern haben wir verlängert. Darin verpflichten sich die Unternehmen, die Zahl der Ausbildungsplätze weiter zu erhöhen. Es hat sich bewährt: Gerade kleinere und mittlere Unternehmen haben mehr als doppelt so viele Ausbildungsplätze geschaffen wie zugesagt. Erstmals seit langem wird in diesem Jahr die Zahl der Ausbildungsstellen die der Bewerber wieder übersteigen.
- **Beschäftigungschancen in Privathaushalten:** Wir haben die Privathaushalte als Arbeitgeber gestärkt durch die steuerliche Absetzbarkeit bspw. von Betreuungskosten und von Handwerkerdienstleistungen und damit neue Beschäftigungschancen im Dienstleistungsbereich eröffnet.

Wir machen den Staat effizienter

- **Föderalismusreform:** Die erste Föderalismusreform hat die Kompetenzen von Bund und Ländern klarer getrennt und den Staat damit handlungsfähiger gemacht. In einer zweiten Reform erarbeiten wir Kriterien für eine wirksame Schuldenbegrenzung der öffentlichen Haushalte.
- **Bürokratieabbau, Normenkontrollrat, Mittelstandsentlastungsgesetz:** Erstmals wurde ein Weg geschaffen, um den bürokratischen Aufwand zu messen, der für die Unternehmen aus gesetzlichen Regelungen entsteht. Damit schaffen wir ein Instrumentarium, um das Entstehen von zusätzlicher Bürokratie einzudämmen. Mit zwei Mittelstandsentlastungsgesetzen haben wir die mittelständische Wirtschaft bereits von zahlreichen bürokratischen Hemmnissen befreit, ein drittes Mittelstandsentlastungsgesetz ist in Vorbereitung.

Wir investieren nachhaltig in Köpfe und Infrastruktur

- **Qualifizierungs-Kombilohn:** Mit dem Kombilohn geben wir jungen Menschen mit Vermittlungshindernissen eine Chance für den Einstieg ins Berufsleben. Denn eine gute Ausbildung ist der Schlüssel für eine gesicherte berufliche Zukunft.
- **Bildungssparen:** Um den Stellenwert der Weiterbildung im Bildungssystem zu erhöhen und mehr Menschen zu verstärkter Beteiligung an Weiterbildung zu motivieren, schaffen wir die Möglichkeit, zur Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen zukünftig auf Mittel aus der staatlich geförderten Vermögensbildung zurückzugreifen.
- **Eigenheimrente:** Die eigene Immobilie ist eine wirksame Absicherung im Alter. Deshalb haben wir durchgesetzt, dass die selbstgenutzte Wohnimmobilie in die staatlich geförderte private Altersvorsorge integriert wird. Sparleistungen der Riester-Renten können jetzt auch zur Finanzierung eines eigenen Hauses oder einer eigenen Wohnung verwendet werden.
- **Anhebung der BAföG-Sätze:** Mit der Anhebung der BAföG-Sätze um 10 Prozent helfen wir unseren Studentinnen und Studenten beim Bestreiten ihres Lebensunterhaltes während des Studiums.
- **Forschungsförderung:** Forschung und Innovation sind entscheidend dafür, dass Deutschland auch in Zukunft seinen wirtschaftlichen Spitzenplatz im weltweiten Wettbewerb behaupten kann. Deshalb werden wir die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3 Prozent des BIP erhöhen. Die Bundesregierung hat mit zahlreichen Programmen, vor allem der High-Tech-Strategie, vieles auf den Weg gebracht und den Haushalt für Bildung und Forschung so stark erhöht wie keine Regierung zuvor.
- **Exzellenzinitiative:** Mit der Exzellenzinitiative legen wir den Grundstein dafür, dass die deutschen Universitäten zur weltweiten Spitze aufschließen können. Mit über 390 Millionen Euro jährlich fördern wir 36 der besten Universitäten in 13 Bundesländern.
- **Förderung der Verkehrsinfrastruktur:** Die gute deutsche Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unseres Wirtschaftsstandorts. Unter Rot-Grün wurden Investitionen in Straße und Schiene erheblich vernachlässigt. Im Interesse von mehr Planungssicherheit haben wir die Mittel für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen im Vergleich zur rot-grünen Finanzplanung verstärkt und verstetigt.
- **Teilprivatisierung der Deutschen Bahn:** Durch die Teilprivatisierung erhält die Deutsche Bahn die finanziellen Mittel, die sie braucht, um international wettbewerbsfähig zu sein. Durch die von uns durchgesetzte Trennung von Infrastruktur und Zugverkehr schaffen wir die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb auf der Schiene.

Wir erhalten die natürlichen Lebensgrundlagen und stärken den ländlichen Raum

- **Energiepolitik und Klimaschutz:** Wir setzen weltweit Maßstäbe in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, bei Strom und Wärme sowie bei Biokraftstoffen und Verkehr. Um den Anteil von erneuerbaren Energien an der Stromproduktion und am Wärmeverbrauch zu erhöhen, haben wir das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und das Erneuerbare-Energien-Gesetz novelliert und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz eingeführt. Mit der

Novelle des Energie-Wirtschafts-Gesetzes zur Liberalisierung des Messwesens haben wir die Voraussetzungen für Stromeinsparungen verbessert. Zudem haben wir den Förderrahmen für alternative Energien an neue Entwicklungen angepasst. Wo es möglich war, haben wir im Interesse des Stromverbrauchers die staatliche Förderung wieder reduziert.

- **Emissionshandel:** Wir haben für die Zuteilungsperiode 2008 bis 2012 nationale Ziele für die Emission von Treibhausgasen in Deutschland sowie von Regeln für die Zuteilung und Ausgabe für Emissionsberechtigungen an die Betreiber von Anlagen festgelegt. Damit leisten wir konsequent unseren Beitrag zur Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen.
- **Umweltpolitik:** Mit der 5. Novelle der Verpackungsverordnung haben wir die haushaltsnahe Sammlung von Verkaufsverpackungen stabilisiert, einen fairen Wettbewerb unter den Systemen gesichert sowie Schlupflöcher gestopft.
- **Preissmissbrauch in den Bereichen Energieversorgung und Lebensmittelhandel wird bekämpft:** Mit dem Gesetz gegen Preissmissbrauch wird die Marktposition des kleinstrukturierten Handels und der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt und missbräuchliche Preisgestaltungen im Lebensmittelhandel und bei der Energieversorgung werden verhindert. Künftig wird es daher im Lebensmittelbereich ein verschärftes Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis geben.
- **Mit konkreten Maßnahmen der Bedeutung des ländlichen Raumes gerecht werden:** Die Bundesregierung leistet mit der Aufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK) einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung mit Breitbandleitungen und zur Einspeisung von Biogas in die Nahwärmeversorgung. Wir haben zudem eine nachhaltige Entbürokratisierung der Agrarpolitik eingeleitet.
- **Erfolgreiche Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung:** Mit der Umsetzung der Reform und dem Erfolg der Abfindungsaktion für Kleinrenten wurde ein großer Beitrag zur Entbürokratisierung der Rentenverwaltung und zur Sicherung der Eigenständigkeit und der Beitragsstabilität des landwirtschaftlichen Sozialsystems geleistet.
- **Grüne Gentechnik: Anbau wird ermöglicht, Forschung erleichtert – die Verbraucherinnen und Verbraucher haben jetzt die Wahl!** Die Union hat im Rahmen der Gesetzgebung alles getan, um die Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Koexistenz der unterschiedlichen Anbauverfahren zu ermöglichen. Landwirte haben zur neuen Aussaat endlich klare Regeln zum Umgang mit gentechnisch veränderten Pflanzen erhalten.
- **Flexible Regelung für Saisonarbeitskräfte:** Die Union hat sich mit ihrer Forderung einer flexibleren Regelung für die Saisonarbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa durchgesetzt. In Regionen mit erfreulich niedriger Arbeitslosigkeit können mittel- und osteuropäische Saisonarbeitskräfte dadurch schneller angefordert werden.

Wir fördern das Miteinander

- **Elterngeld:** Mit dem Elterngeld geben wir den Eltern das, was ihnen am meisten fehlt: Geld und Zeit, um sich mit ihren neugeborenen Kindern zu beschäftigen. Das Elterngeld ist ein Erfolgsmodell: Bereits im ersten Jahr wurde es mehr als 100.000 Mal beantragt. Tendenz steigend.
- **Erhöhung der Betreuungsangebote:** Bis 2013 bauen wir das Angebot für Kinderbetreuung bedarfsgerecht aus. Ab 2013 haben alle Kinder zwischen einem und drei Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Dadurch verbessern wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und sorgen dafür, dass der Wunsch nach Kindern nicht an dieser Frage scheitert. Für die Union ist klar, dass kein Familienmodell bevorzugt werden darf. Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, verdienen genauso unsere Unterstützung wie diejenigen, die sich für eine zeitweilige Betreuung in Kindertagesstätten entscheiden. Aus diesem Grund wird ab 2013 durch die Einführung des Betreuungsgeldes die Wahlfreiheit gestärkt.
- **Kinderzuschlag:** Niemand soll wegen seiner Kinder auf Hartz IV angewiesen sein. Deshalb haben wir die Zahl derjenigen, die den Kinderzuschlag erhalten können, ausgeweitet und das Antragsverfahren erleichtert.
- **Erhöhung des Kindergeldes zum Jahresbeginn 2009:** Nach Vorlage des Existenzminimumberichts im Herbst dieses Jahres werden wir nicht nur die Kinderfreibeträge, sondern auch das Kindergeld erhöhen. Damit wird sichergestellt, dass über beide Instrumente den Familien mit Kindern wirksam geholfen wird.
- **Soziale Frühwarnsysteme:** Wir haben die Möglichkeiten des Staates verbessert, Fällen von Kindesvernachlässigung und -missbrauch kooperativ und präventiv entgegen zu wirken. Dabei bleibt klar: Kindererziehung ist und bleibt Sache der Eltern. Der Staat darf nur dort einschreiten, wo die Eltern nicht zum Wohl ihrer Kinder handeln können oder wollen.
- **Betriebliche Altersvorsorge:** Wir haben die Möglichkeit zur beitragsfreien Entgeltumwandlung entfristet und damit einen weiteren Beitrag zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge geleistet.
- **Integrationspolitik, Nationaler Integrationsplan, Islamkonferenz, Novellierung des Zuwanderungsrechts:** Wir haben das Thema Integration zur Chefsache gemacht. Im Rahmen des Nationalen Integrationsplans haben wir zusammen mit Ländern, Kommunen, Verbänden und Migrantenorganisationen klare Richtlinien und Verpflichtungen für die Integration verabredet. Für uns ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße, sondern beinhaltet für beide Seiten Verpflichtungen. Neben anderen Regelungen zur Förderung der Integration haben wir in der Zuwanderungsnovelle durchgesetzt, dass der Nachzug ausländischer Ehegatten an Grundkenntnisse der deutschen Sprache gekoppelt ist. Mit der Deutschen Islamkonferenz wurde ein institutionalisierter Dialog zwischen dem deutschen Staat und den in Deutschland lebenden Muslimen eröffnet. Ziel ist es, die hier lebenden Muslime auf dem Weg der Integration weiter an unser Land zu binden und gewalttätigen Islamismus und Extremismus zu verhindern.
- **Gesundheitsreform:** Um die mit dem demografischen Wandel und dem medizinisch-technischen Fortschritt verbundenen steigenden Kosten im Gesundheitswesen finanzieren zu können, haben wir das Gesundheitssystem grundlegend reformiert. Wir wollen, dass eine hochwertige medizinische Versorgung allen zugänglich

ist. Mit der vereinbarten Einrichtung des Gesundheitsfonds zum Jahresbeginn 2009 werden wir auch den Wettbewerb zwischen den Gesetzlichen Krankenkassen stärken. Rechtzeitig zum Start des Gesundheitsfonds werden wir die erforderlichen Präzisierungen in wichtigen Einzelfragen vornehmen.

- **Pflegereform:** Erstmals seit ihrer Einführung haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung ausgeweitet. Es erhalten nun auch altersverwirrte Menschen Leistungen aus der Pflegeversicherung. Zudem haben wir das Prinzip „ambulant vor stationär“ gestärkt, damit kranke Menschen möglichst lange im Kreise ihrer Verwandten und Freunde wohnen können. Trotz dieser Leistungsausweitung bleibt der Beitragsanstieg mit 0,25 Prozentpunkten moderat.
- **Verbraucherschutz:** Durch das Verbraucherinformationsgesetz erhalten die Verbraucherinnen und Verbraucher in ganz Deutschland das Recht, sich bei den Behörden gezielt über Lebensmittel, Futtermittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs zu informieren. Dies ist ein Durchbruch hin zu mehr Information und Markttransparenz im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher.
- **SED-Opferrente:** Mit der SED-Opferrente gibt es endlich eine, wenn auch späte Anerkennung für die Opfer der SED-Diktatur. Wir haben in schwierigen Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner dieses wichtige Anliegen durchsetzen können.
- **Förderung des Ehrenamts:** Mit der Einführung einer steuerfreien Pauschale für alle Verantwortungsträger in Vereinen und der überfälligen Anhebung des Übungsleiterfreibetrags werden das Ehrenamt in den Vereinen aufgewertet und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement weiter verbessert.

Wir schützen die Freiheit

- **Terrorbekämpfung:** Der internationale Terrorismus bedroht auch die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Mit der Antiterrordatei, dem Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz, sowie der BKA-Gesetzesnovelle einschließlich der Online-Fahndung haben wir die Instrumente und Kompetenzen verbessert, um eine wirksame Bekämpfung zu ermöglichen. Die Einhaltung strenger rechtsstaatlicher Kriterien wird dabei sichergestellt – die Bürgerrechte werden gewahrt.
- **Neuordnung der Bundespolizei:** Wir haben die Strukturen gestrafft, die Arbeits- und Entscheidungsprozesse vereinfacht und die operative Basis um rund 1.000 Polizeivollzugskräfte gestärkt. Damit wird die Bundespolizei besser in die Lage versetzt, den neuen Herausforderungen – dynamische Entwicklung der Verkehrsströme, Bekämpfung illegaler Migration und terroristischer Bedrohungen – wirksam zu begegnen.
- **Auslandseinsätze der Bundeswehr:** Deutschland braucht Partner und die Einbindung in Bündnisse, um die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten. Wir stehen zu Deutschlands Bündnispflichten. Es ist ein wichtiger Beitrag für unsere nationale Sicherheit, dass wir den Terrorismus auch dort bekämpfen, wo er entsteht. Deswegen sind unsere Soldaten in Afghanistan und am Horn von Afrika im Einsatz. Auf dem Balkan setzen wir uns für die Aufrechterhaltung einer stabilen Friedensordnung ein.

- **Nationale Sicherheitsstrategie:** Unsere Sicherheit ist im 21. Jahrhundert durch andere Bedrohungen gefährdet als während des Kalten Krieges. Die Bedrohungen sind vielfältig und reichen von internationalem Terrorismus und Energieknappheit bis zu den Auswirkungen des Klimawandels. Mit der Sicherheitsstrategie für Deutschland haben wir den ersten umfassenden Ansatz vorgelegt, der aufzeigt, wie wir diesen Bedrohungen und Herausforderungen sinnvoll begegnen können.
- **Wertegebundene Außenpolitik:** Die deutsche Außenpolitik ist selbstverständlich unseren nationalen Interessen verpflichtet. Aber sie operiert nicht im wertfreien Raum, sondern setzt sich weltweit für die Anerkennung von Demokratie und Menschenrechten ein. Wir unterstützen jedes Land in seinem Bemühen, rechtsstaatliche Strukturen zu entwickeln und sich friedlich in die Weltordnung zu integrieren.

Wir gestalten die Globalisierung

- Der **Vertrag von Lissabon** ist als neue Arbeitsgrundlage für die EU ohne Alternative. Er ist Ausdruck des Erfolgs der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Er macht Europa wieder handlungsfähig und er stärkt die Rechte der nationalen Parlamente. Wir haben dafür gesorgt, dass das Prinzip der Subsidiarität wieder mehr Geltung bekommt. Trotz des Ausgangs des Referendums in Irland halten wir an der Ratifikation des Reformvertrages fest, weil er die EU handlungsfähiger, transparenter und demokratischer macht.
- **Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft:** Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland, Europa und den USA ist unser gemeinsames Ziel. Mit der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft haben wir dem Prozess der weiteren wirtschaftlichen Integration einen festen Rahmen gegeben.
- **G8-Vorsitz, Ausweitung der Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz:** Mit einer diplomatischen Meisterleistung hat unsere Bundeskanzlerin die acht führenden Industrienationen auf ehrgeizige und wirkungsvolle Ziele zur Bekämpfung des Hungers und des Klimawandels verpflichtet.
- **Strategische Standortpolitik, Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen in strategische Infrastrukturen:** Ausländische Investitionen schaffen Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland. Wir wollen jedoch verhindern, dass Staatsfonds aus politischen Gründen Kontrolle über strategische Infrastrukturen gewinnen können.

 **CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Norbert Röttgen MdB

Hartmut Koschyk MdB

11011 Berlin

Foto: Laurence Chaperon